



DOKUMENTATION

2. GRÜNER POLIZEI- KONGRESS

**UNSERE POLIZEI:
BÜRGERNAH, DIGITAL
UND EUROPÄISCH**

Sa. 14. Oktober 2017
Bayerischer Landtag

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN

INHALTSVERZEICHNIS

• Programm	03
• Keynote von Katharina Schulze, MdL, Fraktionsvorsitzende, innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion	04
• Keynote von Petra Sandles, Polizeivizepräsidentin, Bayerisches Landeskriminalamt	09
• Keynote von Jan Philipp Albrecht, MdEP, innen- und justizpolitischer Sprecher	13
• Keynote von Irene Mihalic, MdB, Polizistin, innenpolitische Sprecherin	16
• Panel I Europäische Sicherheitspolitik und Polizeizusammenarbeit – Wie lassen sich grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus international bekämpfen?	19
• Panel II Unsere Polizei – Wie kann sich die Polizei verändern, um noch bürgernäher zu sein? ...	21
• Panel III Cybercrime – Wie bekommen wir Computerkriminalität in den Griff?	24
• Panel IV Schutz vor Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte	27
• Abschlusspodium Wie wird unsere Polizei noch bürgernäher, digitaler und europäischer? .	29
• Resümee	31
• Impressionen	32
• Kontakt	35

PROGRAMM

10:30 Einlass und Anmeldung

11:00 Begrüßung

Katharina Schulze, MdL, Fraktionsvorsitzende, innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion

11:15 Keynote I

Petra Sandles, Polizeivizepräsidentin, Bayerisches Landeskriminalamt

11:30 Keynote II

Jan Philipp Albrecht, MdEP, innen- und justizpolitischer Sprecher der grünen Europafraktion

11:45 Keynote III

Irene Mihalic, MdB, Polizistin, innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

12:00 Mittagspause

13:00 Workshop Phase I

Panel I „Europäische Sicherheitspolitik und Polizeizusammenarbeit – Wie lassen sich grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus international bekämpfen?“

Moderation: **Katharina Schulze**, MdL, Fraktionsvorsitzende

Podium:

- **Jan Philipp Albrecht**, MdEP, innen- und justizpolitischer Sprecher der grünen Europafraktion
- **Hermann Utz**, Leitender Kriminaldirektor, Polizeipräsidium München
- **Sabine Wenningmann**, Kriminaldirektorin, Bundeskriminalamt, Leitung des Referats Internationale Zusammenarbeit

Panel II „Unsere Polizei – Wie kann sich die Polizei verändern, um noch bürgernäher zu sein?“

Moderation: **Eva Lettenbauer**, Landessprecherin GRÜNE JUGEND Bayern

Podium:

- **Peter Schall**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- **Maria Scharlau**, Amnesty International
- **Hartmut Wächtler**, Fachanwalt für Strafrecht

14:30 Kaffeepause

15:00 Workshop Phase II

Panel III „Cybercrime – Wie bekommen wir Computerkriminalität in den Griff?“

Moderation: **Schlien Schürmann**, Journalistin BR Puls

Podium:

- **Robert Helling**, Mitglied des Chaos Computer Clubs
- **Lukas Knorr**, Oberstaatsanwalt, Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB)
- **Robert Krieger**, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
- **Oliver Weiß**, Kriminaldirektor, Bayerisches Landeskriminalamt, Dezernatsleiter Cybercrime

Panel IV „Schutz vor Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte“

Moderation: **Jürgen Mistol**, MdL, Sprecher für Kommunales, Wohnen und Sportpolitik, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Podium:

- **Hermann Benker**, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)
- **Oliver von Dobrowolski**, stellvertretender Bundesvorsitzender von PolizeiGrün e.V.
- **Prof. Dr. Karoline Ellrich**, Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg
- **Rüdiger Sobotta**, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Oberbayern

16:30 Abschlusspodium

Moderation: **Katharina Schulze**, MdL, Fraktionsvorsitzende, innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion

Podium:

- **Thomas Hampel**, Inspekteur der Bayerischen Polizei
- **Irene Mihalic**, MdB, Polizistin, innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion
- **Jennifer Oberhäuser**, stellvertretende Landesjugendvorsitzende der GdP Bayern

17:30 Ende des Kongresses

KEYNOTE VON KATHARINA SCHULZE, MdL, FRAKTIONSVORSITZENDE

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

herzlich willkommen zum mittlerweile 2. Grünen Polizeikongress! Wir haben letztes Jahr gezeigt, dass es überhaupt nicht schwer ist Grüne und Polizei zusammenzubringen. Es gab gute Debatten, einen interessanten Austausch und viele vergnügte Gesichter – und nicht zu vergessen: Es sind auch konkrete parlamentarische Initiativen unserer Fraktion aus dem Polizeikongress entstanden. Beispiele sind die virtuelle Polizeiwache, bei der die Menschen Strafanzeigen online stellen können oder die lageangepasste Reduzierung von Polizeipräsenz bei Fußballspielen, was die Polizei entlasten würde. Diese guten Ideen kamen ins Stocken, wofür die momentane Regierungspartei verantwortlich ist – aber 2018 ist ja wieder die Chance, die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land zu verändern. Bevor wir das machen, veranstalten wir erstmal unseren 2. Grünen Polizeikongress. Ich freue mich, dass Sie alle hier sind! Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag bei den Landtags-Grünen! Mein Name ist Katharina Schulze, ich bin die Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin.

Ich freue mich, dass wir so viele Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen heute hier begrüßen dürfen: Für die Bayerische Polizei begrüße ich stellvertretend Polizeivizepräsidentin Petra Sandles vom Bayerischen Landeskriminalamt, den Inspekteur der Bayerischen Polizei Thomas Hampel und die Vertreter der Bayerischen Polizeipräsidien Polizeipräsident Alfons Schieder aus Oberfranken und den Polizeipräsidenten aus Schwaben Nord Michael Schwald. Von den Polizeigewerkschaften begrüße ich den Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOLG) Hermann Benker, den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Peter Schall und den Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Robert Krieger und den Landesvorsitzenden des BDK Hessen Dirk Peglow. Ich freue mich auch, dass Armin Bohnert, Vorsitzender von PolizeiGrün e.V. da ist.

Für die Rettungskräfte begrüße ich Dr. Rüdiger Sobotta, den stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksfeuerwehrverbandes Oberbayern sowie Thomas Stadler vom Bayerischen Roten Kreuz. Für die

Justiz begrüße ich Oberstaatsanwalt Lukas Knorr, den Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern – vor kurzem haben die Vizepräsidentin des Landtages Ulrike Gote und ich Sie ja in Bamberg besucht! Herzlich willkommen heißen möchte ich auch Dr. Heide Sandkuhl vom Deutschen Anwaltverein.

Aus der Zivilgesellschaft begrüße ich stellvertretend Florian Gränzer und Maria Scharlau von AMNESTY INTERNATIONAL und Robert Helling vom Chaos Computer Club.

Aus der Wissenschaft begrüße ich herzlich Prof. Dr. Karoline Ellrich, Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg, Prof. Dr. Michael Wagner-Kern von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung und Prof. Dr. Uwe Kranenpohl von der Evangelischen Hochschule München.

Und auch viele Grüne sind heute hier – ich begrüße herzlich die Mitglieder der GRÜNEN JUGEND, insbesondere die Landessprecherin Eva Lettenbauer. Ich begrüße Eike Hallitzky, den Landesvorsitzenden der Grünen, aus dem Europaparlament den innen- und justizpolitischen Sprecher Jan Philipp Albrecht, aus

”
*In diesen aufgewühlten und
aufwühlenden Zeiten ist es wichtig,
bei den Fakten zu bleiben.*

dem Bundestag Irene Mihalic, die innenpolitische Sprecherin, Dirk Adams, den Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Thüringer Landtag sowie den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Jürgen Mistol und Markus Büchler, Bezirksvorsitzender der Grünen Oberbayern.

Wenn man heutzutage die Zeitung aufschlägt, online unterwegs ist oder voller Sorge Twitter am Morgen checkt, ob der Präsident der USA schon den Nuklearkrieg verkündet hat, kann man das Gefühl bekommen alles wird immer schlimmer und unsicherer. In diesen aufgewühlten und aufwühlenden Zeiten ist es aber wichtig bei den Fakten zu bleiben. Deswegen für alle: Bayern ist ein sicheres Land. Das zeigen die Kriminalstatistik und der bundesweite Vergleich. Trotzdem macht die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch vor Bayern nicht halt, Rechtsextremismus und Rassismus nehmen stark zu – erst 2016 hat der rechtsextreme OEZ-Attentäter neun Menschen in München getötet. Wohnungseinbrüche belasten viele Menschen, die Gefahren durch Computerkriminalität und die Respektlosigkeit und Rücksichtslosigkeit – Stichwort Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehren und Polizei – beunruhigen unsere Gesellschaft. Um diese Herausforderungen müssen wir uns kümmern. Gleichzeitig gilt es mit Vernunft und Fakten gegen die Panikmache, Verschwörungstheorien und Falschmeldungen vorzugehen.

Wir Grüne kümmern uns darum, dass die Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Das ist unsere Aufgabe als politische Partei und der kommen wir in den Kommunalparlamenten, im Landtag und im Bundestags schon seit Jahrzehnten nach.

”

Unsere freiheitsorientierte Innenpolitik wird von grünen Grundsätzen geleitet: Intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und bürgerfreundliche Behörden.

Unsere freiheitsorientierte Innenpolitik wird von grünen Grundsätzen geleitet: Intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und bürgerfreundliche Behörden.

Deswegen ist unser Leitspruch auch: All cops are bürgernah (ACAB)! Wir wissen um die Herausforderungen vor der unsere Polizei steht und wir wollen Ihnen helfen. Wir wissen auch, dass der politische und gesellschaftliche Druck auf die Polizistinnen und Polizisten steigt und Ihnen die Arbeit nicht ausgeht. Dass unsere Polizei auch schwere Lagen gut bewältigen kann, hat sie in den letzten Monaten immer wieder bewiesen, dafür sagen wir herzlich Danke. Damit das so bleibt, setzen wir uns für eine starke, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei ein. Denn die Polizei ist in erster Linie für die Sicherheit zuständig. Sie bietet Schutz und gibt Sicherheit, verhindert Selbstjustiz und sichert den Rechtsfrieden. Sie setzt das Gewaltmonopol durch. Die Menschen vor Straftaten zu schützen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, gehört in einer freien Gesellschaft zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns. Diese Kernaufgabe gehört nicht in die Hände Privater. Keine Bürgerwehr, keine Hilfssheriffs können und dürfen dies tun.

Während andere Parteien dem Verfassungsschutz polizeiliche Aufgaben geben, die Sicherheitswacht ausbauen oder die Bundeswehr im Inneren einsetzen möchten, haben wir Grüne ein klares Bekenntnis zu unserer Polizei. Wir wollen sie personell stärken, weil wir wissen, dass die Ist- und die Soll-Stärke nicht zusammenpassen und auch die Polizeidichte sich ins Negative verändert hat. Wir möchten deswegen bis 2025 noch vier Mal 500 Polizistinnen und Polizisten einstellen – wohlwissend, dass dafür aber auch genügend Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Ausbildungsstätten benötigt werden. Außerdem braucht es kurzfristig mehr Tarifbeschäftigte und modernste Ausstattung (dazu gehört aber kein Taser) und vor allem müssen wir die Polizei von unwichtigen Aufgaben entlasten. Es leuchtet mir bis heute

nicht ein, warum Landespolizistinnen und Landespolizisten in einem vereinten Europa die Grenze kontrollieren oder die Entkriminalisierung von Cannabis noch nicht umgesetzt wurde.

Wir treten dafür ein, dass die Bayerische Polizei bunter und vielfältiger wird – so, wie unsere Gesellschaft eben auch schon ist. Interkulturelle Schulungen, Bildungsmodule zu Menschenrechten, mehr Frauen bei der Polizei – all das sind Dinge, für die wir uns stark machen. Denn wir wissen: ein hoher Frauenanteil, sprachliche und interkulturelle Kompetenzen helfen ganz praktisch bei der Polizeiarbeit, beim Bürgerkontakt, bei der Verbrechensbekämpfung, aber insbesondere auch bei der Verhütung von Straftaten.

Das ist aber nicht alles – gute Polizeiarbeit ist europäisch und gut vernetzt. Weil Terrorismus und Kriminalität nicht an Ländergrenzen halt machen, darf das die Verbrechensbekämpfung auch nicht. Als Europapartei wollen wir mehr europäische Vernetzung, einen besseren Informationsaustausch und mehr grenzüberschreitenden Ermittlungsteams statt anlasslose Überwachung. Hier gilt es nationalstaatliches Denken beiseite zu schieben und auf Kooperation zu setzen.

Es ist wichtig, dass unsere Polizei fit für die Herausforderungen der Zukunft gemacht wird. Deswegen investieren wir in die Aus- und Fortbildung! Aufgrund der Digitalisierung und der virtuellen Entgrenzung klassischer kriminalgeographischer Räume ergeben sich zwangsläufig andere Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und -beamten. In allen Polizeiinspektionen, sowie bei den Regionalen Beweismittelsicherungs- und Auswertungsstellen (RBA) braucht es ausreichend Sachkompetenz und Spezialistinnen und Spezialisten sowohl für die Aufnahme als auch für Endsachbearbeitung von Cybercrime-Delikten. Die dafür nötigen Expertinnen und Experten aus der freien Wirtschaft, Computerkriminalistinnen und Computerkriminalisten und IT-Forensikerinnen und IT-Forensiker sind in den Polizeidienst einzustellen, außertarifliche Bezahlungen müssen gegebenenfalls ermöglicht werden. Ich möchte, dass die besten Hacker bei der Bayerischen Polizei arbeiten! Daneben muss das Dunkelfeld im Bereich Cybercrime aufgeheilt werden, damit man das tatsächliche Gefährdungspotential besser einschätzen kann.

Gute Polizeiarbeit basiert auf der Achtung der Menschenrechte, der Minimierung von körperlichem Zwang und handelt stets verhältnismäßig. Rassismus, Diskriminierungen, Sexismus und Korpsgeist haben in einer modernen Polizei keinen Platz. Bürgernähe, Offenheit und Transparenz dagegen schon.

”
Gute Polizeiarbeit basiert auf der Achtung der Menschenrechte, der Minimierung von körperlichem Zwang und handelt stets verhältnismäßig.

Ich bin und bleibe fest davon überzeugt, dass solch eine offene Bürgerpolizei auch dem Selbstbild der allermeisten Polizistinnen und Polizisten entspricht. Zum einen habe ich in den vier Jahren als innenpolitische Sprecherin unzählige solcher Polizistinnen und Polizisten kennengelernt, durfte mit auf Nachtschichten gehen und habe konkrete Beispiele erfahren, wo Polizeibedienstete sich zu Wort melden, wenn Dinge falsch laufen. Ein Polizist ist heute

zum Beispiel auch hier, Oliver von Dobrowolski der sich differenziert zum G20 Einsatz in Hamburg geäußert hat! Der sehr erfolgreiche Social Media Auftritt der Polizeipräsidien in allen bayerischen Regierungsbezirken zeigt deutlich, wie Offenheit und Nähe funktionieren kann – und das nicht nur auf der #wiesnwache. Dort wird sich gegen Hass, Hetze und Falschaussagen gestemmt und gleichzeitig über die Arbeit der Polizei informiert. Es gibt auch Grüne Polizistinnen und Polizisten (und nein, damit meine ich jetzt nicht die, die noch die grüne Uniform tragen), sondern Grüne Mitglieder, die bei der Polizei arbeiten und bei uns Grünen politisch aktiv sind, von Gemeinderat bis in den Bundestag.

Dennoch gibt es immer wieder auch Fehler und Vorfälle, die mit einer bürgernahen Polizei leider nichts zu tun haben. Diese gehören umfassend aufgeklärt und Konsequenzen daraus gezogen. Wir Grüne sagen: Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Polizei zu stärken, muss die Polizei erkennbarer und ansprechbarer werden. Dafür braucht es die individuelle Nummernkennzeichnung für Polizistinnen und Polizisten. Wir wollten dies mit einem Modellversuch in Bayern probeweise einführen, haben bislang keine Mehrheit dafür in diesem Landtag bekommen. Ich kann Sie aber beruhigen, wir bleiben an dem Thema weiter dran. Außerdem wollen wir eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle als Ansprechperson für die Polizeibediensteten und die Bürgerinnen und Bürger. Neben der Stärkung der Polizei haben wir als Grüne natürlich auch die Bürger- und Freiheitsrechte im Blick. Die historische Erfahrung lehrt uns, dass die Freiheit in kleinen Schritten stirbt. Deswegen sind wir bei diesem Thema sehr sensibel und achten mit Argusaugen auf die Einhaltung der Grundrechte. Seit Jahren können wir den immer gleichen, bedenklichen Reflex bei CSU, CDU und SPD beobachten: Es passiert etwas Schlimmes und die Innenministerien hauen dann wieder ein Placebo nach dem anderen raus: Fußfessel für Gefährder! Bundeswehr im Inneren! Der Verfassungsschutz darf auf Vorratsdaten zugreifen, obwohl die Vorratsdatenspeicherung im Moment nach dem Gerichtsurteil aus Münster faktisch ausgesetzt ist! Es ist ein gefährlicher Irrweg, als Reaktion auf Gefährdungen der Inneren Sicherheit die Bürgerrechte immer weiter einzuschränken.

Damit wird nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern eine Scheinsicherheit vorgegaukelt, sondern auch den Sicherheitsbehörden ist damit nicht geholfen. Wir haben bei uns nicht das Problem, dass es keine Gesetze gibt, sondern dass diese nicht konsequent angewendet werden (ganz aktuell zeigt das der Sonderermittler im Fall Amri)! Anstatt Gesetze zu verschärfen, stellen wir Grüne lieber mehr Mann- und Womanpower ein, damit Gefahren zielgerichtet abgewehrt werden können! Anstatt eine anlasslose Massenüberwachung, die Datenberge hervorbringt, sorgen wir dafür, dass die Nadel nicht erst im Heuhaufen gesucht werden muss, sondern genug Personal da ist, die Nadel erst gar nicht zu verlieren! Dafür braucht es die klassische Polizistin und den klassischen Polizisten auf der Straße, aber vor allem auch Expertinnen und Experten, erfahrende Ermittlerinnen und Ermittler bei der Kriminalpolizei und gute Kriminaltechnikerinnen und Kriminaltechniker. Wir Grüne denken ganzheitlich: Wir wollen auch die Justiz gut ausstatten, damit der Flaschenhals dort nicht verstopft.



Es braucht immer die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.

Es braucht immer die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, die wechselseitiges Vertrauen fördert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört auch, dass Respektlosigkeit und Rücksichtslosigkeit eingedämmt werden. Immer wieder hört man, dass Rettungsgassen nicht gebildet werden, ein sterbender Motorradfahrer gefilmt wird, anstatt dass ihm geholfen wird und auch die Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrmenschen und Rettungskräfte nehmen zu. Das ist nicht hinnehmbar. Ich finde, wir müssen uns – gerade bei dem Thema Gewalt gegen die, die helfen – auch mit dem Thema Alkoholkonsum beschäftigen. Wie die Kriminalstatistik zeigt, sind im Bereich der Gewaltkriminalität ein Drittel aller Täterinnen und Täter alkoholisiert. Auch Angriffen auf Rettungskräfte und Polizei geht regelmäßig exzessiver Alkoholgenuss und damit Entthemung voraus. Präventions- und Anreizprogramme müssen entwickelt bzw. gefördert werden. Auch das wird heute ein Thema bei unserem Kongress sein.

Ich freue mich auf den Tag mit Ihnen und mit Euch und bin gespannt, welche Ideen von Ihrer Seite noch

für die Zukunft der Polizei entwickelt werden. Lassen Sie uns auch bei diesem Polizeikongress als Motto nehmen: Loben, was gut läuft und konstruktiv-kritisch hinschauen, wo wir noch Verbesserungen benötigen. Wir haben ein umfangreiches Programm, welches ich kurz vorstellen möchte:

Es gibt jetzt drei Impulsreferate, von Petra Sandles, Polizeivizepräsidentin vom Bayerisches Landeskriminalamt, Jan Philipp Albrecht, MdEP, innen- und justizpolitischer Sprecher der grünen Europafraktion und Irene Mihalic, MdB, Polizistin, innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Außerdem wird der Vorsitzende der wunderbaren Vereinigung Polizeigrün e.V., Armin Bohnert, noch ein paar Worte an uns alle richten und dann gibt es erstmal was zu essen. Nach der Pause wird dann gemeinsam diskutiert. Insgesamt haben wir vier Panels konzipiert – und da die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer jede Erwartung übertroffen hat, werden das volle Panels, und so gibt es dann auf jeden Fall viele Debatten.

Das erste Panel trägt den Titel „Europäische Sicherheitspolitik und Polizeizusammenarbeit – Wie lassen sich grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus international bekämpfen?“. Mit unserem Podium, bestehend aus Jan Philipp Albrecht, Hermann Utz, Leitender Kriminaldirektor beim Polizeipräsidium München und Sabine Wenningmann, Kriminaldirektorin beim Bundeskriminalamt, Leiterin des Referats Internationale Zusammenarbeit, wird die Diskussion sicher nicht langweilig.

Parallel dazu tagt das zweite Panel „Unsere Polizei – Wie kann sich die Polizei verändern, um noch bürgernäher zu sein?“. Für diese Debatte konnten wir Peter Schall, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Maria Scharlau, Amnesty International und Hartmut Wächtler, Fachanwalt für Strafrecht gewinnen. Moderieren wird Eva Lettenbauer, Landessprecherin GRÜNE JUGEND Bayern. Dann gibt es eine kurze Kaffee-Pause wieder hier oben im Steinernen Saal und dann geht es gleich mit den nächsten parallel stattfindenden Panels weiter:

Panel drei trägt den Titel „Cybercrime – Wie bekommen wir Computerkriminalität in den Griff?“. Ich freue mich sehr, dass wir Robert Helling, Mitglied des Chaos Computer Clubs, Lukas Knorr, Oberstaatsanwalt, Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB), Robert Krieger, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und Oliver Weiß, Kriminaldirektor beim Bayerischen Landeskriminalamt, Dezernatsleiter Cybercrime dafür gewinnen konnten. Moderiert wird der Workshop von der BR-Journalistin Schlien Schürmann.

Und im vierten Panel geht es um den Schutz vor Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte. Mit Hermann Benker, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Oliver von Dobrowolski, stellvertretender Bundesvorsitzender von PolizeiGrün e.V., Prof. Dr. Karoline Ellrich, Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg und Dr. Rüdiger Sobotta, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Oberbayern werden wir diese Themen ausführlich diskutieren. Moderieren wird das Panel der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und mein geschätzter Kollege Jürgen Mistol.

Zum Abschluss treffen wir uns noch mal alle hier im historischen Senatssaal und es gibt einen Ausblick: Welche Ideen nehmen wir aus den Workshops mit für eine bürgernahe, europäische und digitale Polizei? Ich bin schon sehr gespannt, was unsere Gäste dazu sagen: die Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic, Jennifer Oberhäuser, stellvertretende Landesjugendvorsitzende der GdP Bayern und Thomas Hampel, Inspekteur der Bayerischen Polizei. Und es lohnt sich nicht nur wegen den ReferentInnen bis zum Schluss zu bleiben, wir haben nämlich auch noch eine „Verstärkung“ für alle zum Abschluss!

In diesem Sinne: Ich wünsche uns allen einen interessanten und Vorurteile aufbrechenden Kongress!

KEYNOTE VON PETRA SANDLES, POLIZEIVIZEPRÄSIDENTIN, BAYERISCHES LANDESKRIMINALAMT

Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung und die Einladung zum heutigen 2. Grünen Polizeikongress und der damit verbundenen Ehre, den Einstieg in Ihre heutige Veranstaltung zu geben. 15 Minuten für die Bereiche Computerkriminalität und europäische Zusammenarbeit lassen schon erahnen, dass ich hier nur Schlaglichter der polizeilichen Sichtweise setzen kann, die dann in den kommenden Diskussionsrunden vertieft werden müssen.

Die Welt hat sich seit den 90er Jahren gravierend verändert:

Globalisierung und die Entwicklung von World Wide Web führten zu völlig neuen Formen der Vernetzung. Weltweite Kommunikation und Zusammenarbeit sowie unbeschwertes Reisen innerhalb der Europäischen Union sind so einfach und selbstverständlich wie nie zuvor. Dieser Fortschritt gilt gleichermaßen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, aber leider auch für Kriminelle.

Die Arbeit der Sicherheitsbehörden musste sich in rasantem Tempo an immer neue Gegebenheiten anpassen. Leider ist es uns in meinen Augen nicht möglich, den damit einhergehenden neuen Kriminalitätsphänomenen immer auf Augenhöhe gegenüberzustehen, zumal uns die altbekannten Kriminalitätsphänomene erhalten geblieben sind und weitere Herausforderungen wie der internationale Terrorismus hinzu getreten sind. Es genügt schon lange nicht mehr, Maßnahmen ausschließlich im eigenen Land und mit eigenen Kräften durchzuführen. Europäische Zusammenarbeit und Vernetzung über Landesgrenzen ist ebenso dringend erforderlich wie kreatives Reagieren auf neue Kriminalitätsphänomene.

”

***Globalisierung und die
Entwicklung von World Wide
Web führten zu völlig neuen
Formen der Vernetzung.***

Die polizeiliche Zusammenarbeit innerhalb Europas beruht auf verschiedenen Rechtsgrundlagen, die seit den 1990er Jahren geschaffen wurden, wie z.B. dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ), den „EU-Prüm-Beschlüssen“ und dem EU-Rahmenbeschluss 2006 über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Europol-Verordnung. Europol hat sich zu einer bedeutenden Behörde für die Steuerung des polizeilichen Nachrichtenaustausches herausgebildet. Den Polizeien stehen zahlreiche Datenbanken und IT-Systeme zur Verfügung, von denen ich nur einige wenige erwähnen möchte.

Seit 1995 existiert das Schengener Informationssystem (SIS) zum Austausch internationaler Fahndungsdaten, ein staaten-übergreifendes, polizeiliches Fahndungssystem, das in derzeit 30 angeschlossenen europäischen Staaten den Zugriff auf rund 58 Millionen Fahndungsdatensätze ermöglicht. Der Fahndungsraum umfasst die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit Ausnahme von Irland und Zypern sowie die assoziierten Staaten Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein.

Noch nicht allzu lange steht für den Austausch von polizeilichen Informationen innerhalb von Europa die Software „Secure Information Exchange Network Application“, kurz SIENA zur Verfügung, über die auch operative und strategische Nachrichten zwischen den EU-Mitgliedstaaten, Europol und Kooperationspartnern übersandt werden können. Was sich so einfach anhört, ist meines Erachtens ein Meilenstein in der schnellen und sicheren Kommunikation der Mitgliedstaaten untereinander. Diese Möglichkeit soll sukzessive auf alle Deliktsbereiche ausgedehnt werden.

Ein weiteres wesentliches Instrument europäischer Zusammenarbeit ist der Vertrag von Prüm über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. Ein Kernelement des Vertrags von Prüm für das Bayerische Landeskriminalamt ist der automatisierte internationale Abgleich von DNA- und daktyloskopischen Daten (Fingerabdrücken) durch gegenseitigen Zugriff auf die jeweiligen nationalen Datenbanken.

Ich möchte aber nicht verschweigen, dass wir hier noch erheblichen rechtlichen Nachbesserungsbedarf sehen, da nach einem Treffer in der jeweiligen Datenbank im Ausland noch immer der langwierige Rechtshilfeweg zu beschreiten ist.

Das Bayerische Landeskriminalamt hat – insbesondere nach Übernahme der polizeilichen Restaufgaben der ehemaligen bayerischen Grenzpolizei – einen wesentlichen Schwerpunkt in der Schaffung von Fahndungshilfsmitteln gesehen. Dabei sind IT-Hilfsmittel entstanden, die mittlerweile europa- und weltweit zur Verfügung stehen und in den jeweiligen Deliktsbereichen auch behördenübergreifend genutzt werden:

Eines der ersten Systeme ist DOKIS, das Dokumenten Informationssystem; es enthält Beschreibungen und Abbildungen verschiedenster Dokumente, insbesondere Reisepässe und Personaldokumente aus allen Ländern der Welt sowie Hinweise und Erkenntnisse zum Erkennen von gefälschten Dokumenten. Es wird behördenübergreifend, bundesweit, europäisch und international genutzt. Es beinhaltet heute etwas 5.500 Ausarbeitungen mit ca. 35.000 Abbildungen, die teilweise online mit übersetzten Versionen zur Verfügung stehen.

”

Auch wenn uns die bessere Vernetzung untereinander unzweifelhaft hilft, so bleiben doch einige rechtliche Hemmnisse bestehen.

Darüber hinaus ist die „Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei“, kurz EuFID auf unsere gemeinsame Initiative mit dem Nachbarland Österreich zurückzuführen. Sie beinhaltet mittlerweile Daten von 48 Pkw-, 17 Motorrad- und 11 Lkw-Herstellern und ermöglicht den Beamten bei Kontrollen eine leichtere und schnellere Erkennung gestohlener oder unterschlagener

Fahrzeuge. Die Realisierung der Datenbankversion EuFID online fand aktuell im Herbst 2017 statt, ein zentraler europaweiter Zugriff aller Polizeidienststellen ist in Planung.

Auch wenn uns die bessere Vernetzung untereinander bei der Bekämpfung der Kriminalität unzweifelhaft hilft, so bleiben doch einige rechtliche Hemmnisse insbesondere im Rechtshilfeverkehr bestehen, die es zukünftig zu minimieren gilt.

Damit sind wir beim zweiten Thema angelangt: die Computerkriminalität als die zentrale Herausforderung für die Strafverfolgungsbehörden.



Zweifelsohne gehört es zu den großen Errungenschaften unserer Zeit, dass die Menschen mit Hilfe der neuen Medien weltweit miteinander in Kontakt treten und sich Gehör verschaffen können. Dabei nehmen die Nutzer in Kauf, dass die großen Internetdienste die erlangten Daten gezielt dazu nutzen, Persönlichkeitsprofile zu erstellen, um damit individuelle Informationsangebote und Werbung zu ermöglichen. Die Auswertung von personenbezogenen Daten durch Wirtschaftsunternehmen erkennt der Bürger hier nicht als Bedrohung, sondern als Serviceleistung. Viele Menschen leisten gerade in „sozialen Netzwerken“ bereitwillig Ihren Beitrag dazu. Dass es hierbei ebenso zu Verbrechen und Straftaten kommt, ist nahezu unvermeidbar.

Zweifelsohne gehört es zu den größten Errungenschaften unserer Zeit, dass die Menschen mit Hilfe der neuen Medien weltweit miteinander in Kontakt treten und sich Gehör verschaffen können.

Die Polizei sieht sich zwischenzeitlich mit Delikten der Cybercrime konfrontiert, die völlig neuartig sind und an die vor Jahren nicht einmal im Traum zu denken war. Sicher jedem ist noch der Kryptotrojaner „WannaCry“ ein Begriff, der vor kurzem Rechnersysteme weltweit verschlüsselt hat. Für die Entschlüsselung fordern die Täter ein Lösegeld in Höhe von 300 \$ in Bitcoins. Nach Erkenntnissen von IT-Sicherheitsfirmen sind bis zu 75.000 Rechner in über 150 Ländern betroffen gewesen. Besonders schlimm hat es die Länder Spanien (Telefonica), Großbritannien (Gesundheitswesen), Russland (Innenministerium), Portugal (Portugal Telecom), Schweden (Gemeinden) und USA (FedEx) getroffen. Bayern war mit drei Fällen nahezu nicht betroffen.

Ähnlich agierte die Ransomware „BKA-Trojaner“, die bereits seit einigen Jahren das Betriebssystem des Opfers mittels Sperrbildschirm sperrt, meist unter dem Vorwand, illegale Aktivitäten wie z.B. kinderpornographisches Material entdeckt zu haben. Während anfangs nur klassische Desktop-PC's betroffen waren, sind nun vermehrt mobile Endgeräte und deren Betriebssysteme Angriffsziele der Täter.

Welche Auswirkungen diese Fälle auf das Gesundheitssystem eines Landes haben können, vermag sich jeder vorzustellen, wird doch in Kliniken fast die gesamte Steuerung mittlerweile elektronisch vorgenommen. Auch Szenarien bezogen auf die sogenannte kritische Infrastruktur, also Versorgungseinrichtungen, werden zunehmend diskutiert.



Die Polizei sieht sich zwischenzeitlich mit Delikten der Cybercrime konfrontiert, die völlig neuartig sind.

werden zunehmend diskutiert. Aber es ist auch festzustellen, dass in nahezu allen denkbaren Deliktsbereichen IT-Systeme eine maßgebliche Rolle spielen und entsprechende Fachkenntnisse bei den polizeilichen Ermittlern erfordern.

Daher ist das Land Bayern bereits 2011 den Weg gegangen, IT-Spezialisten zu Polizisten auszubilden. Im Landeskriminalamt und beim Polizeipräsidium München sind Dezernate Cybercrime eingerichtet, bei allen Kriminalpolizeiinspektionen werden flächendeckend in Bayern entsprechende Kommissariate eingerichtet. Hierzu laufen aktuell wieder entsprechende Einstellungsmaßnahmen. Wir stehen hier jedoch auch im harten Konkurrenzkampf mit der freien Wirtschaft, da auch andere Behörden und die Wirtschaftsunternehmen in diesem Bereich „aufrüsten“ – zumal ja jeder Nutzer gehalten ist, selbst Vorsorge für die Sicherheit seines IT-Systems zu treffen.

Doch auch im Bereich der Cybercrime bleibt noch sehr viel Entwicklungspotential, rechtlich und personell. Dies gilt auch für den Bereich der Telekommunikationsüberwachung insgesamt – wir müssen z.B. Lösungen finden für den Bereich kryptierter Kommunikation, da es meines Erachtens nicht sein kann, dass Straftäter diese Kommunikationsmöglichkeiten nutzen können, während den Behörden, die für die Sicherheit der Menschen verantwortlich sind, hier die Hände gebunden sind.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen zu den beiden Themen durch das Setzen von Schlaglichtern den notwendigen Input für eine anregende Diskussion geben. Der Austausch von möglicherweise auch gegensätzlichen Positionen ist Teil der politischen Kultur in unserem Land und bringt uns den Lösungen damit auch näher. Ich danke daher der Fraktion der Grünen für die Organisation dieser Veranstaltung und wünsche Ihnen einen spannenden und einen gewinnbringenden Gedankenaustausch.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Das Publikum im Senatssaal des Bayerischen Landtags. Von hier aus ging es zu den einzelnen Panels nach den Keynotes.

KEYNOTE VON JAN PHILIPP ALBRECHT, MdEP, INNEN- UND JUSTIZPOLITISCHER SPRECHER DER GRÜNEN EUROPAFRAKTION

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Katharina,

vielen Dank für die Einladung nach München. Auch ich möchte – wie meine Vorrednerinnen – die Herausforderungen, vor denen die Polizei steht, klar benennen. Ich nehme mir vor, Ihnen an der einen oder anderen Stelle das zu sagen, was eventuell im ersten Moment auf Widerspruch trifft. Auf der anderen Seite sind wir Grünen aber auch diejenigen, die ehrlich dafür einstehen für das, was wir hier sagen, nämlich wenn es darum geht, die Polizei – dort wo es nötig ist – zu unterstützen. Und ich glaube, das ist ein großer Unterschied zu denjenigen, die Ihnen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, lange nach dem Mund geredet haben, die aber dann, wenn es darum geht, tatsächlich die Fragen zu lösen, die für die Polizei relevant sind, Symbolpolitik zu Lasten der Polizei machen, und die zu teuren Maßnahmen kommen, die Ihnen am Ende nicht dienen.



***Einfach nur mehr Daten sammeln,
das wird nicht funktionieren.***

Und da kommen wir zur Grundsatzauseinandersetzung der letzten Jahre: Wenn wir über Sicherheits- und Polizeipolitik reden, haben wir als Grüne immer wieder gesagt, und davon werden wir auch nicht abrücken, dass es ein Irrsinn ist, zu glauben, dass Investitionen allein in Maßnahmen der Datenanhäufung, nicht funktionieren werden, wenn auf der anderen Seite nicht ebenso investiert wird, in die personelle und technische Ausstattung derer, die diese Systeme am Ende nutzen sollen und die die echte Ermittlungsarbeit damit betreiben.

An der Stelle kommen wir zu einem Punkt, wo wir in der politischen Debatte Klartext reden müssen, auch weil sich jeder Euro nur einmal ausgeben lässt. Einfach nur mehr Daten sammeln, das wird nicht funktionieren. Was ist in den letzten Jahren passiert? Zum Beispiel bei der Cyberkriminalität, bei der organisierten Kriminalität und bei der Terrorismusbekämpfung hat die Einführung von Datenbanken, zum Beispiel der Vorratsdatenspeicherung oder auch der anlasslosen Fluggastdatenspeicherung, aber auch das Zulassen von Ausnahmen zum Schengener Abkommen überhaupt nicht dazu geführt, dass die Aufklärungs- und Kriminalitätsraten sich am Ende signifikant geändert hätten. Und da muss man sich fragen: Sind diese Instrumente tatsächlich unsere Antwort auf die Bedrohungen der aktuellen Sicherheitssituation? Oder haben wir die Prioritäten an dieser Stelle falsch gesetzt?

Gerade wenn wir uns die europäische Ebene anschauen, können wir erkennen, was nötig ist, um die EU-weite Kooperation tatsächlich stärker zu verwirklichen. Ein praktisches Beispiel: Eine Polizeibeamtin bzw. ein Polizeibeamter hier in München bekommt einen Fall auf den Tisch mit einer organisierten kriminellen Gruppe, die Verbindungen nach Kopenhagen hat und die möglicherweise ihre Tätigkeit in Marseille ausführen will. Die Beamtin bzw. der Beamte ist mit den alltäglichen Aufgaben schon ausgelastet. Sie bzw. er hat keine personellen Kapazitäten und keine Ausbildung, um mit den Kolleginnen und Kollegen auf Dänisch, Französisch oder Englisch in Kontakt zu treten. Stattdessen müssen, und das haben wir Grüne seit vielen Jahren gesagt, gerade auch bei Europol gemeinsame Ermittlerteams eingesetzt werden. Dieses Instrument der gemeinsamen Ermittlerteams existiert in der EU zwar schon seit dem 11. September 2001. Es wird aber bisher nur in Teilbereichen, zum Beispiel bei der organisierten Auto-

kriminalität, genutzt. Künftig sollten wir massive personelle Kapazitäten dafür bereitstellen, dass die Ermittlungsbehörden vor Ort in der Lage sind, sich zu vernetzen, Kooperationsangebote anzunehmen, Übersetzungskapazitäten zu erhalten, um ganz konkret solche Fälle grenzüberschreitender Kriminalität in Angriff zu nehmen. Da liegt die eigentliche Aufgabe, damit wir bei der Zusammenarbeit der Polizei in Europa weiter vorankommen.

Leider wird dieser Ansatz in der Praxis noch nicht verwirklicht. Das kann ich aus meiner Arbeit im Europäischen Parlament berichten. Wir haben zwar einige wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Als Beispiel seien genannt, die Möglichkeit auf der Grundlage der Europäischen Ermittlungsanordnung polizeilich oder justiziell grenzübergreifend tätig zu werden. Wir haben auch gemeinsame europäische Standards bei Datenschutz und Verfahrensrechten eingeführt. Aber es gelingt nicht, ganz konkret, personell und finanziell in die Kooperation von Ermittlungsbehörden zu investieren. Es fehlt genau das Geld,

”

Wir haben auch gemeinsame europäische Standards bei Datenschutz und Verfahrensrechte eingeführt.

das wir in die anlasslosen Datensammlungen investieren, deren Wert hochkritisch ist und die von den Gerichten in Zweifel gezogen werden. Der Europäische Gerichtshof hat wiederholt deutlich gemacht, dass eine Datenspeicherung von Personen ohne einen vorherigen Anlass, ohne ein vorher umschriebenes Risiko, eben nicht vereinbar ist mit den Grundrechten unserer europäischen Verfassung.

Das heißt nicht, dass es unmöglich wäre, beispielsweise zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, als Polizei- und Strafverfolgungsbehörde auf Fluggast-, oder auch auf Mautdaten oder Ähnliches zuzugreifen. Diese Diskussionen werden wir bekommen. Aber es muss sich fundamental an der Herangehensweise etwas ändern. Wir müssen erst Indikatoren dafür festlegen, wo der Verdacht oder ein Risiko liegt. Betrifft das Risiko zum Beispiel Personen, die über die Türkei mit dem Flugzeug in die EU einreisen. Dann muss dieses Risiko klar benannt werden und die Entscheidung getroffen werden, dass für eine bestimmte Zeit die Flugdaten gespeichert werden. Im Falle eines konkreten Verdachts darf man dann darauf zurückgreifen. Aber die Daten aller Fluggäste auf Vorrat zu speichern, die überhaupt nicht in eine solche Verdachtsgruppe fallen, ist dann überflüssig.

Und genauso können wir auch bei der Vorratsdatenspeicherung eine Alternative finden. Wenn Ermittlungsbehörden begründete Anzeichen dafür haben, dass z.B. über einem bestimmten Server Straftaten begangen werden, dann muss es möglich sein, entsprechende ermittlungstechnische Maßnahmen zu ergreifen. Möglicherweise auch über das schon heute bestehende Maß hinaus. Darüber können wir diskutieren. Dieser Weg bedeutet eine andere Vorgehensweise als die anlasslose Erfassung der Lebensbereiche.

Ich bin der Auffassung, dass Ihnen diese Praxis in Ihrer polizeilichen Arbeit helfen würde. Die Anhäufung von Informationen ist nicht allein die Lösung, um Tatverdachtsmomenten wirklich nachzukommen, sondern lenkt vielleicht sogar davon ab, die schon vorhandenen Informationen weiter zu verfolgen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Schengener Informationssystem. Wir haben oft die Situation gehabt, dass Verdachtsmomente aufgetreten sind, die beispielsweise Personen an den EU-Außengrenzen mit bestimmten Straftaten in Verbindung bringen. Diese Informationen wurden dann aber nicht

”

Wir müssen erst einmal Indikatoren dafür finden, wo der Verdacht oder ein Risiko liegt.

an die zuständigen Stellen weitergegeben. Ich halte es für absolut notwendig, solche Verdachtsmomente aufzugreifen und unmittelbar weiterzuverfolgen. Gerne auch mit weiteren konkreten Überwachungsmaßnahmen, solange die Handlungen in den rechtsstaatlichen Bahnen bleiben, die wir für verdachtsabhängige Ermittlungsmaßnahmen festgelegt haben.

Aber dann stattdessen, wie Herr de Maizière es nun macht, Schengen-Binnenkontrollen wieder einzuführen, weil die terroristischen Straftaten uns angeblich dazu zwingen, und damit den Ausnahmezustand dieser Binnenkontrollen auf ewig auszudehnen, ist wiederum eine völlige Symbolhandlung. Die Beamtinnen und Beamten, die an der Grenze zwischen Bayern und Österreich Dienst ausüben, wären besser andernorts eingesetzt, um das Schengener Informationssystem auszuwerten und daraus eine ordentliche Observation derjenigen zu machen, die es wirklich treffen soll: nämlich die Tatverdächtigen.

Ohne die Debatte, die wir sicher im Anschluss im Workshop führen werden, vorwegnehmen zu wollen, möchte ich der Diskussion einen positiven Ausblick geben. Es wird uns gelingen gerade die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Sicherheitsbedrohungen und der digitalisierten Kriminalität gemeinsam zu bewältigen. Jedenfalls zu einem Maße, das uns wieder das Gefühl gibt, wir holen das beste Maß an Sicherheit heraus. Eine hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben, das wissen wir alle.

Aber es gibt auch gewisse Grenzen. Wenn wir sagen, in verschlüsselte Kommunikation greifen wir ein und wir kontrollieren jede und jeden, sogar in der Wohnung, dann müssten wir ja sagen, die sichersten Gesellschaften sind diejenigen, bei denen es keine Privatsphäre mehr gibt. Dass dem nicht so ist, können wir in China, Nordkorea und in anderen Ländern der Welt sehen. Es gibt Lebensbereiche, die sind uns so viel wert, dass wir darin nicht eingreifen möchten.

Die Tatsache, dass wir an verschlüsselte Informationen nicht gelangen werden, jedenfalls nicht in dem wir bei Unternehmen anfragen, soll ja nicht heißen, dass es keine Informationen gibt. Wir leben in der Zeit der Digitalisierung, in der wir viel mehr Informationen über das Verhalten von Menschen zur Verfügung haben, als das je zuvor der Fall war. Für die Strafverfolgungsbehörden werden diese Informationen da sein. Die Frage ist, wie wir an die Informationen und Beweise kommen, die wir bislang möglicherweise noch nicht ins Blickfeld gerückt haben. Daran zu arbeiten, dazu sind wir bereit. Und wir freuen uns, dazu mit Ihnen in die Diskussion zu treten.

Vielen Dank.

” ***Die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Sicherheitsbedrohungen und der digitalisierten Welt können gemeinsam bewältigt werden.***

KEYNOTE VON IRENE MIHALIC, MDB, POLIZISTIN, INNENPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Motto des Polizeikongresses gefällt mir sehr gut. „Unsere Polizei: bürgernah, digital und europäisch“, das beschreibt das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen. Beginnen wir mit der Digitalisierung der Polizeiarbeit. Denn bei innenpolitischen Fragen wird die datentechnische Seite heute vielfach so selbstverständlich mitgedacht, dass darüber manchmal schon die Gefahr zu bestehen scheint, den Kern der zu erfüllenden Aufgabe selbst aus dem Blick zu verlieren. Nicht nur in der Wirtschaft sind Daten das neue Öl. Auch in der Sicherheitspolitik hält eine gewisse Technikgläubigkeit Einzug.

So ist einerseits richtig (und ja auch inzwischen lange bekannt), dass der Datenaustausch zwischen Sicherheitsbehörden in Europa verbessert werden muss, gleichzeitig darf beispielsweise europäische Polizeizusammenarbeit eben nicht auf den Datenaustausch über Europol reduziert werden. Zumal auch nur zu wenige Staaten an Europol Daten liefern. Denn auch wenn über bessere Anwendungen zukünftig mehr relevante Daten ausgetauscht werden, ändert das nichts daran, dass bisweilen die Behörden mehrerer europäischer Staaten hinter derselben Person her sein werden und das zu oft jede für sich und zu selten in gemeinsamen Teams. Dabei wird es sich eher häufiger um kriminelle oder terroristische Strukturen handeln, die über Ländergrenzen hinweg agieren, so dass Zusammenhänge schon aus diesem Grund nicht von einer Seite allein aufgeklärt werden können.

Dasselbe gilt für den föderalen Bundesstaat: Der polizeiliche Datenaustausch über die Grenzen des jeweiligen Bundeslandes hinweg ist die erste Hürde – länderübergreifende Ermittlungen zu organisieren ist die Zweite. Dass von beidem mehr nötig wäre, zeigt nicht zuletzt die bundesweit hohe Zahl nicht vollstreckter Haftbefehle: So waren beispielsweise mit Stichtag vom 31. März 2017 insgesamt 25.502 Fahndungsnotierungen aus Bayern im zentralen Fahndungs- und Auskunftssystem der deutschen Polizei (INPOL-Z) verzeichnet, in welchem Personen zur Festnahme ausgeschrieben waren. Die bundesweite Gesamtzahl zum Stichtag belief sich dabei auf 148.727, wobei zu vermuten ist, dass sich zumindest ein Teil der Gesuchten noch im jeweiligen Bundesland, einige aber auch in anderen Bundesländern aufhält.

”

Dazu muss die Polizei vor Ort sein: handlungsfähig und rechtsstaatlich konsequent.

Wichtig ist daher über die notwendige Frage des Datenaustauschs nicht zu vergessen, dass am Ende tatsächlich ermittelt werden muss, und dazu braucht die Polizei den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Eine bürgernahe Polizei ist daher keine reine Service-Frage, sondern eine Frage der Erhaltung und Förderung polizeilicher

Kernkompetenzen: Wissen, wo und wie Kriminalität entsteht. Dazu muss die Polizei vor Ort sein: handlungsfähig und rechtsstaatlich konsequent. Dafür gilt es die Polizei gut auszustatten: personell und sachlich. Denn die so beschriebene Aufgabe ist nicht zu unterschätzen. Der polizeilich notwendige Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern stellt sich nicht automatisch ein. Vertrauen muss bewahrt und im einzelnen Kontakt bisweilen neu aufgebaut werden. Hier kann die Einrichtung der Stelle eines/r unabhängigen Polizeibeauftragten einen entscheidenden Beitrag leisten. Schließlich verbindet eine solche Stelle im Idealfall polizeifachliche Kompetenz und (gesamt)gesellschaftliche Autorität, was insbesondere der Diskussion über Polizeithemen in der Öffentlichkeit zugutekommt.

Zum Vertrauen gehört aber auch die Beamtinnen und Beamten tatsächlich besser vor Übergriffen zu schützen – ohne zusätzliche Hemmschwellen aufzubauen. Hier sollten die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse endlich umgesetzt werden bei Einsatzplanung und Ausbildung. Schon die NRW-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“, die auf einer Befragung der betroffenen Beamtinnen und Beamten basiert, bietet hier weiterhin wichtige Ansätze. Dasselbe gilt für die sehr aussagekräftige Langzeitanalyse zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ aus Bayern, die zahlreiche weitere Anregungen gibt, was die Politik tun kann, damit die Beamtinnen und Beamten in ihrem Dienst sicher und offen agieren können. Beides ist notwendig, damit Kontakt möglich bleibt und etwaige Hemmnisse überwunden werden können.

Auch Sprache spielt dabei eine große Rolle, weshalb Kompetenzen in diesem Bereich seitens der Polizei viel konsequenter gefördert und auch Bewerberinnen und Bewerbern gefordert werden sollten. Das gilt besonders auch für Fremdsprachen. Daher ist es richtig, dass sich die Bundespolizei inzwischen erkennbar auch um Bewerberinnen und Bewerber aus anderen europäischen Staaten bemüht. Dennoch waren zum Stichtag 1. Januar 2016 in der Bundespolizei weniger als 2 Prozent der Beschäftigten ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deutsche Bedienstete ausländischer Herkunft oder Doppel- oder Mehrstaater. Dabei ist es im polizeilichen Alltag oft genug gerade das zufällig vorhandene Spielwissen über gesellschaftliche Gepflogenheiten, die wirtschaftliche Praxis oder eben eine Ortskenntnis oder Fremdsprachenkompetenz der einzelnen Polizeibeamtin, die entscheidend zum Ermittlungserfolg beitragen. Vielfalt ist daher für die Polizei in diesem Sinne eine Frage der Effektivität und der Handlungskompetenz. Und kein nettes Beiwerk, weil sich die Politik Multikulti wünscht.

Die Garantie für Rechtsstaatlichkeit und ein vertieftes Verständnis von den verfassungsrechtlichen Implikationen der polizeilichen Arbeit ist eine solide Ausbildung. In puncto Ausbildung hat sich dabei in den letzten Jahrzehnten bereits sehr viel getan. Das ist weiterhin richtig und wichtig. Wir brauchen eine gut ausgebildete Polizei. Schließlich gehört es zum Polizeiberuf, letztlich jede Situation lösen zu müssen. Im Einsatz kann die Polizei sich bei Unsicherheiten nicht einfach zurückziehen und später noch mal von vorne anfangen. In der Regel ist es notwendig, den jeweiligen Sachverhalt spontan rechtlich und tatsächlich richtig zu erfassen und entsprechende der gesetzlichen Vorgaben umsichtig zu handeln. Hinzukommt beim Thema Ausbildung, dass auch Kriminalitätsformen einer Entwicklung folgen, den man im Blick halten muss. So ist beispielsweise die Zahl der als Cybercrime im engen Sinn der Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um über 80% auf 82.649 Straftaten gestiegen (zum Vergleich: 2015 waren es 45.793). Dabei ist hinsichtlich der absoluten Zahlen zu beachten, dass seit 2014 Delikte im Bereich Cybercrime bundeseinheitlich nur noch dann in der PKS erfasst werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Tathandlung innerhalb Deutschlands vorliegen. Außerdem wird eine Tathandlung unabhängig von der Anzahl der Opfer nur einmal erfasst: Das heißt, auch wenn Millionen Rechner von einer Malware oder einem Virus oder einem Trojaner betroffen sind, wird das in der PKS als ein Fall der Computersabotage abgebildet! Hinzukommt, dass die Anzahl der tatsächlich begangenen Straftaten, die nicht polizeilich bekannt und erfasst werden, noch um ein Vielfaches höher liegen dürfte.

”

Schließlich gehört es zum Polizeiberuf, letztlich jede Situation lösen zu müssen.

Hinsichtlich des Schadenspotenzials dürfte es sich dabei für die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und große Unternehmen um einen höchst relevanten Bereich handeln: Seien es die Ersparnisse, die von privaten Bankkonten abgehoben werden oder die Geschäftsgeheimnisse, die von Firmenrechnern entwendet werden. Der Schaden kann schnell höher sein, als bei einem durchschnittlichen Einbruchs-

diebstahl! Erinnern möchte ich auch an das Lukaskrankenhaus in Neuss, das im letzten Jahre mit einem Erpressungs-Trojaner angegriffen wurde.

Sicherheit in der digitalen Welt ist daher gesellschaftlich eine absolut vordringliche Aufgabe, bei der dem Staat ganz erhebliche Bedeutung zukommt, sei es aufseiten der Aufklärung und Prävention – also im Aufgabengebiet der Polizei – oder allgemein, wenn der Staat selbst als Akteur in der digitalen Welt agiert und beispielsweise darüber entscheidet, eine bekannt gewordene Sicherheitslücke, durch das betreffende Unternehmen schließen zu lassen, oder selbst auszunutzen, um den Einsatz eines eigenen Trojaners zu ermöglichen und darüber die sogenannte Quellen-TKÜ auf dem Gerät des Betroffenen durchzuführen. Ein echtes Dilemma! Denn eine Sicherheitslücke zu schließen, kann bedeuten, sich selbst Ermittlungsmöglichkeiten zu nehmen.

Für die Ausbildung im Bereich Polizei bedeutet dies, dass das Digitale heute Arbeitsmittel und Aufgabengebiet zugleich ist. Es wäre daher falsch hier allein die polizeilichen Befugnisse mit Blick auf den internationalen Terrorismus als Herausforderungen für die polizeiliche Praxis in den Blick zu nehmen. Ausstattung, Ausbildung und Organisation der Polizei müssen sich auch an den gesellschaftlich relevanten Massen-Phänomenen im Bereich Cybercrime ausrichten. Das fällt zusammen mit einer fortschreitenden Digitalisierung der polizeilichen Arbeitsmittel. Das reicht vom Digitalfunk bis zur Body-Cam. Kurz gesagt: Die polizeiliche Datenverarbeitung prägt schon heute den polizeilichen Alltag. Die Systeme besser aufeinander abzustimmen ist daher ein Prozess, der weiter vorangetrieben werden muss.

Gleichzeitig ist wichtig, dass die Zeit, die für die Bedienung dieser Prozesse notwendig ist, nicht an anderer Stelle fehlt. Polizeiliche Datenbanken können sehr wichtige Hilfsmittel sein. Sie ersetzen jedoch nicht den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, denn das sollte bei aller eigenen Qualifizierung nicht vergessen werden: Die beste Expertise vor Ort haben die Bürgerinnen und Bürger. Sie haben den direktesten Zugang und nehmen Veränderungen als Erste wahr. Das gilt grundsätzlich für jede Form von Kriminalität bis zum Terrorismus. Denken Sie nur an die Eltern, die sich an die Behörden gewandt haben, weil ihre Kinder im Begriff waren auszureisen, um sich dem Islamischen Staat anzuschließen. Dieses Zugehen auf die Behörden muss viel stärker beachtet und als großer Dienst an der Gesellschaft honoriert werden. So wie die Bevölkerung auf den Schutz durch die Polizei angewiesen ist, so kann die Polizei ihre Arbeit nicht ohne die Bevölkerung tun. Das wieder stärker in den Blick zu nehmen, ist heute wichtiger denn je.



So wie die Bevölkerung auf den Schutz durch die Polizei angewiesen ist, so kann die Polizei ihre Arbeit nicht ohne die Bevölkerung tun.

PANEL I

EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK UND POLIZEIZUSAMMENARBEIT – WIE LASSEN SICH GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT UND TERRORISMUS INTERNATIONAL BEKÄMPFEN?

Auf dem von Katharina Schulze moderierten Workshop diskutierten Jan Philipp Albrecht, MdEP, innen- und justizpolitischer Sprecher der grünen Europafraktion, mit Hermann Utz, Leitender Kriminaldirektor am Polizeipräsidium München und Sabine Wenningmann, die als Kriminaldirektorin im Bundeskriminalamt die Gruppe Internationales und Recht leitet.

Sabine Wenningmann skizzierte den Teilnehmenden des Workshops den aktuellen institutionellen Rahmen der europäischen und internationalen Polizeizusammenarbeit und stellte die drei wichtigsten Kooperationskanäle (INTERPOL, Europol und die Verbindungsbeamtinnen und -beamten des BKA im Ausland) kurz vor. Die internationale Zusammenarbeit habe große Fortschritte gemacht. Ein Beispiel dafür sei, dass sich seit wenigen Monaten alle 16 Länderpolizeien direkt mit Europol oder mit dem Ausland auf dem Europolkanal Informationen austauschen können. Es gebe heute schon viele gute Instrumente und ein sehr umfangreiches Regelwerk für die polizeiliche Zusammenarbeit in der EU. Das Problem sei aber oft, dass diese in den EU-Mitgliedstaaten nicht umgesetzt oder nicht genutzt werden. Weniger der Schaffungsprozess als der Umsetzungsprozess sei also defizitär.

Jan Philipp Albrecht bestätigte, dass der europäische Gesetzgeber sehr aktiv war: Wichtige Erfolge seien die verbesserten gemeinsamen Verfahrens- und Datenschutzstandards, die für die polizeiliche Arbeit in den Mitgliedstaaten der Union eingeführt wurden. Auch Jan Philipp Albrecht äußerte, dass es an der Anwendung und Umsetzung der europäischen Möglichkeiten hapert. Außerdem fehle es bei den Polizeien der Mitgliedstaaten oft am nötigen Personal. Das müsse sich ändern. Den europäischen Weg sollten wir konsequent weitergehen, um auch das Vorgehen in Europa gegen den Terrorismus weiter zu vereinheitlichen. Hohe gemeinsame europäische Standards seien das Ziel. Abschließend hob er die Europäische Staatsanwaltschaft hervor, deren Schaffung vor wenigen Tagen beschlossen wurde. Diese Entwicklung müsse vorangetrieben werden. Wir brauchen europäische Behörden dort, wo diese besser und effizienter arbeiten können als nationale Stellen.

Für den Chef der Münchener Kripo, Hermann Utz, stand fest: Die Welt verändert sich, also muss die Polizei sich auch verändern. Die Polizei sollte schneller sowie – in einem gewissen Grad – auch unorganisierter werden und sich flexibler vernetzen. Hermann Utz berichtete über Ermittlungserfolge, die die Münchener Polizei der europäischen Zusammenarbeit zu verdanken hat. Reisende internationale Einbrecherbanden und Taschendiebe, die auch in der Landeshauptstadt aktiv waren, konnte die Polizei durch

den operativen Informationsaustausch in der EU aufdecken. Der Abschluss von justiziellen Abkommen zwischen Bayern und osteuropäischen EU-Staaten habe dazu geführt, dass der perfide Enkeltrick-Betrug in München massiv zurückgegangen sei. Mangels der nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen musste die Münchener Kripo dabei teils auch improvisieren. So war es rechtlich nicht erlaubt eine E-Mail z.B. an die Kolleginnen und Kollegen der Polizei in Budapest zu schreiben. Die Möglichkeiten zum europäischen Datenaustausch haben sich aber erheblich verbessert. Vor allem mit dem europäischen Informationsaustauschsystem SIENA gebe es jetzt endlich eine hervorragende Möglichkeit zur EU-weiten Kommunikation. Hermann Utz stellte dar, dass den Polizeibehörden nicht immer klar sei, welche Möglichkeiten und welche Finanzmittel die EU für die Polizei bei uns überhaupt bereithält. Trotz der europäischen Möglichkeiten lautete sein Grundsatz aber: Eine zentrale Ermittlungsteuerung und EDV-Landschaft hilft, aber die eigentlichen Ermittlungen müssen immer dezentral vor Ort geführt werden.

Die anschließende Diskussion drehte sich insbesondere um die Frage, wie die europäischen Kooperationsmöglichkeiten besser genutzt werden können, und wo künftig weitere Schritte nötig sind. Sabine Wenningmann wies darauf hin, dass der internationale Einsatz von deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten von deren Vorgesetzten und Heimatbehörden gefördert und als eine Maßnahme der Personalentwicklung begriffen werden sollte. Diese Einstellung habe sich aber noch nicht überall durchgesetzt. Sind Polizistinnen und Polizisten der deutschen Bundesländer, so wie es bei ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem BKA häufiger der Fall ist, für eine begrenzte Zeit beispielsweise bei Europol tätig, werden die heute so dringend benötigten Fremdsprachenkenntnisse verbessert sowie die interkulturelle Kompetenz der Beamtinnen und Beamten gestärkt. Das wirke sich insgesamt positiv auf die Polizeiarbeit aus, insbesondere auch auf die Fähigkeit in internationalen Zusammenhängen zu arbeiten und zu denken. Hermann Utz stimmte zu, dass internationale Erfahrungen der eigenen Leute die Polizeiarbeit insgesamt voranbringt. Die Fähigkeit, mit den europäischen Kolleginnen und Kollegen auf Englisch kommunizieren zu können, müsse gefördert werden. Seiner Erfahrung nach könne man schon mit wenigen guten Leuten sehr viel bewegen. Diese Leute müsse man aber erstmal finden, was bei einer Großstadtpolizei wie in München leichter möglich sei als auf dem Land.

Jan Philipp Albrecht führt aus, dass wir in Brüssel über ein europäisches Austauschprogramm für PolizistInnen nachdenken sollten, vergleichbar mit dem ERASMUS-Programm für Studierende. Er plädierte dafür, den Zugang zu europäischen Kooperationen deutlich niedrighschwelliger auszugestalten. Nötig seien außerdem mehr gemeinsame Ermittlerteams (Joint Investigation Teams), auch bei Europol. Gleichzeitig müsse eine Kultur des Zusammenarbeitens bei der Polizei entwickelt bzw. gestärkt werden. Dieser Kulturwandel sei sicher kein leichter Prozess, bemerkte Sabine Wenningmann. Sie sei aber optimistisch. Die Zusammenarbeit in Europa zahle sich aus. Diese Erkenntnis gelte es auch der Basis der Polizei zu vermitteln. Katharina Schulze stellte abschließend fest, dass sich der polizeiliche Ansatz beim Thema europäische Zusammenarbeit hervorragend mit einer grünen Kernbotschaft verträgt: Global denken, lokal handeln. Klar sei, alleine – ohne Zusammenarbeit – geht es heutzutage bei der Polizeiarbeit nicht mehr. Wir müssen Wissen teilen und Kooperationen ausbauen.



Sabine Wenningmann, Jan Philipp Albrecht, MdEP, Katharina Schulze, MdL und Hermann Utz

PANEL II

UNSERE POLIZEI – WIE KANN SICH DIE POLIZEI VERÄNDERN, UM NOCH BÜRGERNÄHER ZU SEIN?

Das Panel II widmete sich den Reformbedarfen bei der Bayerischen Polizei bezüglich Organisation, Aus- und Fortbildung. Die Moderatorin Eva Lettenbauer, Landessprecherin der GRÜNEN JUGEND, diskutierte darüber mit Peter Schall, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Maria Scharlau, Rechts- expertin bei Amnesty International in Deutschland und Hartmut Wächtler, Rechtsanwalt aus München.

Hartmut Wächtler schilderte in seinem Eingangsstatement verschiedene Fälle aus seiner anwaltlichen Tätigkeit. Er berichtete zum einen von einem Demonstrationstraining durch ca. 20 Angehörige der linken Szene im April 2017, das einen unverhältnismäßigen Polizeieinsatz auslöste und erhebliche Folgen für die TeilnehmerInnen hatte: Es kam zu rechtswidrigen Meldeauflagen. Strafverfahren wurden eingeleitet und später eingestellt. Auf Grund entsprechender Einträge in den Verfassungsschutz-Akten haben die Betroffenen keine Empfehlung für öffentliche Ämter oder Arbeitsstellen in sicherheitsrelevanten Bereichen, z.B. dem Flughafen oder bestimmten Hochschuleinrichtungen. Außerdem trug er einen zweiten Fall vor: Zwei Polizisten in Zivil suchten in einem Haus im Rosenheimer Land vergeblich einen Mann wegen Körperverletzung. Sie trafen stattdessen die Tochter des Hausbesitzers.



Spannende Themen gab es auch in Panel II.

der Polizisten und Polizistinnen, die auch mehr auf Empathie setzt. Bei der Kontrolle des polizeilichen Handelns bedarf es weiterer Reformen, auch wenn speziell im Bereich der polizeiinternen Ermittlungen

gegen Körperverletzung. Sie trafen stattdessen die Tochter des Hausbesitzers. Kurze Zeit später eskalierte die Situation. Der Einsatz endete damit, dass die Frau gefesselt und mit ihren Eltern in Gewahrsam genommen wurde. Es folgte ein Strafverfahren gegen die Familienmitglieder wegen Widerstands. Nach sieben Verhandlungstagen wurde die Anklage eingestellt. Die Gegenanzeige gegen die Polizisten wurde ebenfalls eingestellt. Solche Vorfälle würden die Bürgerinnen und Bürger verunsichern, erklärte Hartmut Wächtler. Er forderte eine bessere Prävention durch eine entsprechende Aus- und Fortbildung

schon einiges passiert ist, insbesondere mit der Einrichtung der Zentralstelle für interne Ermittlungen beim Bayerischen Landeskriminalamt. Wichtig wäre seiner Ansicht nach vor allem eine unabhängige Kontrollinstanz außerhalb der Polizei, wie beispielsweise in Großbritannien, oder eine Ombudsperson für die Polizei, wie in Österreich. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht, wie wir Grüne sie wollen, fände Hartmut Wächtler einen sehr sinnvollen Schritt. Die abwehrende Haltung von Polizeiseite könne er nicht verstehen.

Die Polizei ist auch eine große Menschenrechtsschutzorganisation, dies stellte Maria Scharlau gleich zu Beginn ihres Inputs fest. Eine menschenrechtsfreundliche Polizei sei immer bürgernah. In der Polizeiarbeit gelte es auf Dialog statt auf Konfrontation zu setzen. Die Sprache sei die wichtigste Dienstwaffe. Maria Scharlau stellte erfolgreiche Entwicklungen in anderen europäischen Staaten vor und verwies unter anderem auf die britische Untersuchungskommission und auf die schwedische Dialogpolizei, die nach Ausschreitungen in Göteborg 2001 ins Leben gerufen wurde. Auch würden mehr Transparenz und Kontrolle die Polizei noch bürgernäher machen. Die Diskussion um die Einführung einer Nummernkennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten sollte hierzulande viel sachlicher geführt werden. Das ist kein Ideologieprojekt, sondern macht die Polizei verantwortungsvoller, wie Beispiele in anderen Ländern zeigen.

Peter Schall betonte das hohe Ansehen, das die Bayerische Polizei in der Bevölkerung genießt. Aber man könne natürlich immer noch etwas optimieren. Für ihn sind es vor allem Einzelfälle, die der Polizei insgesamt schaden. Durch Personalmisere und Zeitdruck leide der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Untersuchungen würden zeigen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte zwar rechtlich oft sehr sicher seien, aber nicht immer gut genug erklären würden, warum sie was wie tun. Das könne dann im schlimmsten Fall zu Konfrontationen führen. Es gebe bei solchen Einsätzen aber stets auch interne Nachbesprechungen. Auf der



Diskussionsrunde mit dem Publikum.

anderen Seite wünschte sich Peter Schall bei Skandalen immer erst eine Prüfung der Fakten und keine Vorverurteilung der Polizei. Aus seiner Sicht würden auch Bodycams helfen, da sie zur Deeskalation beitragen können. Außerdem würden sie auch „Waffengleichheit“ schaffen, da Bürgerinnen und Bürger häufig Begegnungen mit der Polizei mit Smartphones filmen. An Risikoplätzen, wie Feiermeilen, wo es auch unter Alkoholeinfluss häufig zu Gewalt gegen die Beamtinnen und Beamten kommt, könnten diese Körperkameras aus seiner Sicht auch im Dauerbetrieb laufen.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst darüber debattiert, ob eine für die Bayerische Polizei zuständige, unabhängige Kontrollinstanz nötig sei, wie die Grünen sie in Gestalt einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten fordern. Maria Scharlau wies darauf hin, dass die Beschwerdekultur in den einzelnen Polizeidienststellen in Deutschland sehr unterschiedlich sei. Sie warf die Frage auf, warum es hier keine festen und einheitlichen Strukturen gibt. Nach Ansicht von Peter Schall würden einige seiner Kolleginnen und Kollegen diese Forderung als Misstrauen gegenüber der Polizei empfinden. Aber man könne über den Vorschlag reden, wenn eine zentrale, unabhängige Kontrollinstanz tatsächlich andere

Stellen bei der Polizei entlasten würde. Aus dem Publikum wurde auf die hohe Akzeptanz der Beschwerden in anderen Bundesländern hingewiesen. Hartmut Wächtler stellte die Frage, wie man rechte Tendenzen in der Polizei erkennen und bekämpfen kann. Seiner Meinung nach kommt hier den Polizeigewerkschaften und der Öffentlichkeit eine erhöhte Bedeutung zu.

Was den Dialog mit den Bürgern anbelangt, empfahl Peter Schall mehr Einsatz- und Rollentrainings für die Beamtinnen und Beamten, damit sie laufend die Kommunikation üben. Ein Vertreter von PolizeiGrün e.V. merkte an, die Polizistinnen und Polizisten sollten schon in der Ausbildung lernen, sich in die Bürgerinnen und Bürger hineinzusetzen. Zum Thema diskriminierungsfreie Polizei wünschte sich Maria Scharlau mehr Anti-Rassismustrainings, damit sich die Polizistinnen und Polizisten stärker bewusst werden würden, welche diskriminierenden Effekte Racial Profiling haben kann. Deutschsein sieht man nicht. Ethnisches Profiling reproduziert Stereotypen mit der Folge, dass ganze Communities das Vertrauen in die Polizei verlieren können. Peter Schall wies allerdings auch darauf hin, dass man bestimmte Fahndungen (z.B. nach illegal eingereisten Schwarzafrikanern) nicht anders lösen kann, auch wenn dies für Betroffene möglicherweise dazu führten, dass sie öfters kontrolliert werden, obwohl sie persönlich keinerlei Straftat verdächtig sind. Die polizeiliche Arbeit wird ohne Racial Profiling – dafür stehen wir Grüne – effizienter und reduziert das Fehlverhalten im Einsatz. Wir setzen uns ein für Maßnahmen wie Antidiskriminierungsprogramme und runde Tische gegen ethnische Profilieren.



Das Programmheft des diesjährigen Polizeikongresses.

PANEL III

CYBERCRIME – WIE BEKOMMEN WIR COMPUTERKRIMINALITÄT IN DEN GRIFF?

Einkaufen, Kommunizieren, Behördengänge: Wir erledigen immer mehr alltägliche Dinge im Internet. Dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch der Staat durch die Digitalisierung immer angreifbarer werden, war Gegenstand unseres Workshops. Schlien Schürmann, Journalistin bei BR Puls, moderierte die Diskussion über die Herausforderungen der Computerkriminalität. Auf dem Podium saßen Robert Helling, Mitglied des Chaos Computer Clubs, Lukas Knorr, Leitender Oberstaatsanwalt und Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB), Robert Krieger, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und Oliver Weiß, Kriminaldirektor im Bayerischen Landeskriminalamt, der dort das Dezernat Cybercrime leitet.

Zu Beginn gewährte Lukas Knorr dem Publikum Einblicke in die Arbeit der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) in Bamberg. Die ZCB übernimmt die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bei besonders



Panel III: Auch Katharina Schulze verfolgte die Diskussionen.

schwerwiegenden oder herausgehobenen Fälle von Computerkriminalität, wie z.B. bei Angriffen auf bedeutende Wirtschaftszweige oder bei organisierter Cyberkriminalität. Das Besondere seien die technischen und rechtlichen Anforderungen, die an die Ermittlung gestellt werden. Bei der Ermittlung sind mittlerweile sieben Staatsanwälte tätig. Seit kurzem gibt es auch Unterstützung durch IT-Forensiker im Team der ZCB. Die sei auch nötig, um schnell reagieren zu können. Mit Blick auf die fehlende oder nur kurzzeitige Speicherung der Verbindungsdaten sei die Ermittlungsarbeit äußerst zeitkritisch. Erschwert werde die Täterermittlung durch die Möglichkeiten der Anonymisierung, vor allem im Darknet. Hinzu komme das Auftreten vieler Fälle mit Auslandsbezug. Auch Kryptografie sei oft ein Hindernis bei der Führung des Tatnachweises. Insgesamt sei eine Verlagerung der Kriminalität ins Internet festzustellen, was sich

schwerwiegenden oder herausgehobenen Fälle von Computerkriminalität, wie z.B. bei Angriffen auf bedeutende Wirtschaftszweige oder bei organisierter Cyberkriminalität. Das Besondere seien die technischen und rechtlichen Anforderungen, die an die Ermittlung gestellt werden. Bei der Ermittlung sind mittlerweile sieben Staatsanwälte tätig. Seit kurzem gibt es auch Unterstützung durch IT-Forensiker im Team der ZCB. Die sei auch nötig, um schnell reagieren zu können. Mit Blick auf die fehlende oder nur kurzzeitige Speicherung der Verbindungsdaten sei die Ermittlungsarbeit äußerst zeitkritisch. Erschwert werde

an den vielen Betrugsfällen über Fake-Online-Shops abzeichne. Die gute Nachricht sei aber, wenn die Ermittlung der Täter gelingt, komme es auch oft zu Verurteilungen mit hohen Haftstrafen.

Nach Oliver Weiß eröffnen die vernetzte Wirtschaft und das Internet der Dinge (IoT) völlig neue kriminelle Möglichkeiten. Die derzeit ca. 8,4 Milliarden IoT-Geräte weltweit seien ein großes und leichtes Ziel für Cyberattacken, da die Geräte oftmals nicht für ein Software-Update ausgelegt sind und Nutzerinnen und Nutzer leichtfertig Standardpasswörter benutzen würden. Vor allem Angriffe mit Crypto-Ransomware (Verschlüsselungs- und Erpressungstrojaner) nehmen stark zu. Oliver Weiß schilderte, wie sich die Infrastruktur der Cybercrime-Bekämpfung innerhalb der Bayerischen Polizei in jüngster Zeit entwickelt hat. Seit März 2017 gebe es u. a. bei jeder Kriminalpolizeiinspektion ein Kommissariat Cybercrime und damit endlich mehr Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auch in der Fläche. Die derzeitige personelle Ausstattung der Polizei könne aber nur der Anfang sein, da die Polizei den Kriminellen auf Augenhöhe begegnen müsse. Auch das Strafrecht müsse ein Update im Bereich der Cyberdelikte bekommen.

Robert Helling hielt es für wichtig, die Nutzerinnen und Nutzer über notwendige Vorsorgemaßnahmen aufzuklären, wie zum Beispiel im Bereich Phishing. Für ihn ist es unerlässlich, ein gutes Backup der eigenen Daten zu haben. Prävention sei vielversprechender als technisch komplizierte und aufwendige Ermittlungen im Schadensfall. Ob man den Beruf des Cybercops allein über die Wahl des beruflichen Status, d.h. durch eine Anstellung als echte Polizistin oder echter Polizist, technische Fachangestellte oder -angestellter bzw. als Verwaltungsbeamtin oder -beamter für IT-Spezialistinnen und -Spezialisten attraktiv machen kann, bezweifelte er.



Hier ging es zu den einzelnen Panels.

Robert Krieger legte dar, dass Cyberkriminalität schon heute in der alltäglichen Kripo-Arbeit immer häufiger wird. Mehr Cyber-Cops einzustellen sei ein lange überfälliger Schritt gewesen, vor allem weil das polizeiliche Gegenüber oftmals Profis seien. Bei der Einstellung von IT-Spezialistinnen und -Spezialisten als Cyber-Cops stünde die Polizei im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft. Ein Weg, um die Arbeit bei der Polizei attraktiver zu machen, könne unter anderem ein deutlich höheres Gehalt sein. Wichtig war Robert Krieger außerdem, dass rechtliche Hürden nicht zum Täterschutz mutieren dürfen. Auch eine leistungsfähige Hardware in den Kommissariaten sollte selbstverständlich sein.

Diskutiert wurde anschließend, was sich bei der personellen Ausstattung der Polizei ändern müsse. Für Lukas Knorr könne die verkürzte Cyber-Cop-Ausbildung die langjährige Erfahrung von Kollegen im Kriminaldienst nicht in allen Bereichen ersetzen. Robert Krieger schlug hier vor, Vollzugs- und technische Beamtinnen und -beamte in den Fachdienststellen zu mischen. Für eine erfolgreiche Personalsuche in dem Bereich regte er an mit Blick auf die Einstellungs voraussetzung für Beamtinnen und Beamte, die Sportanforderungen und gegebenenfalls sogar die Sehstärkeanforderungen zu senken, da daran nicht selten die Einstellung in den Staatsdienst scheitern würden.

Robert Helling diskutierte mit Robert Krieger über das Anonymisierungsnetzwerk TOR und die Frage des Datenschutzes versus Anonymität im Netz. Robert Helling forderte, dass Facebook und Co. zustellungsfähige Adressen in Deutschland für die Behörden und VerbraucherInnen haben müssen, um langwierige Rechtshilfeverfahren abzukürzen. Für Lukas Knorr war der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Online-Marktplätzen wichtig. Das gelte aber natürlich nicht im Darknet: Hier sei jeder Vertrauensverlust der Käufer in den Verkäufer ein Erfolg für die Ermittler. Er wies aber darauf hin, dass Eingriffsmaßnahmen bei der Strafverfolgung nicht ohne weiteres möglich seien, sondern in der Regel einen richterlichen Beschluss benötigen. Die entsprechenden bundesgesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen sorgen hier für höchste Transparenz und Überprüfbarkeit der Rechtmäßigkeit durchgeführter Maßnahmen durch den betroffenen Bürger.

Oliver Weiß ergänzte, er sei zuversichtlich, dass die Polizeispezialistinnen und -spezialisten die kriminellen Profis und Amateure im Internet auch künftig werden aufspüren können. Denn die Betrüger würden Fehler begehen, oftmals in der analogen Welt. Angesprochen wurden auch die jüngsten Ermittlungserfolge, durch die etliche kriminelle Darknet-Marktplätze geschlossen werden konnten. Grund dafür ist unter anderem eine bessere internationale Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden im Bereich Cybercrime.



Panel III – Cybercrime.

PANEL IV

SCHUTZ VOR GEWALT GEGEN POLIZEI UND RETTUNGSKRÄFTE

Im diesem Panel haben wir über Ursachen von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungskräfte und mögliche Strategien dagegen gesprochen. Auf dem Podium, das von Jürgen Mistol, MdL, Sprecher für Kommunales, Wohnen und Sportpolitik sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender moderiert wurde, saßen Hermann Benker, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Oliver von Dobrowolski, stellvertretender Bundesvorsitzender von PolizeiGrün e.V. und Polizist, Prof. Dr. Karoline Ellrich, Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg, und Dr. Rüdiger Sobotta, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Oberbayern und Kreisbrandrat im Landkreis Weilheim-Schongau.

Zu Beginn ihres Statements wies Prof. Dr. Karoline Ellrich darauf hin, dass das Risiko, als Polizistin oder Polizist im Dienst angegriffen zu werden, durchaus beträchtlich sei. Ein Viertel aller Polizeikräfte würden leichte Gewaltübergriffe erfahren, zitiert sie die Ergebnisse einer Dunkelfelduntersuchung zu Gewalt gegen Polizeibedienstete aus zehn Bundesländern (Ellrich, Baier & Pfeiffer, 2012; Ellrich, 2012). Sogar jede achte Beamtin bzw. Beamte werde innerhalb eines Fünfjahreszeitraums Opfer schwerer Gewaltübergriffe, die zu Dienstunfähigkeit führten. Hinzu kämen Beleidigungen, die von einer Vielzahl an Beamtinnen und Beamten innerhalb von 12 Monaten mehrfach berichtet wurden. Ob die Gewalt tatsächlich – über einen längeren Zeitraum betrachtet – zugenommen habe, das sei keine leicht zu beantwortende Frage. Denn es fehlen belastbare statistische Daten aus dem Dunkelfeld. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) sei hier nur bedingt aussagekräftig. Prof. Dr. Karoline Ellrich arbeitete basierend auf eigenen Dunkelfelduntersuchungen drei Risikofaktoren für Polizeikräfte heraus: Erstens erleben Polizistinnen seltener Gewalt als ihre männlichen Kollegen; dies gilt auch für gemischtgeschlechtliche Einsatzteams. Zweitens seien emotional erschöpfte und gestresste Beamtinnen und Beamten eher anfällig, Opfer von Gewalt zu werden. Und drittens sei ein einsatzkompetentes Teamverhalten der beste Schutzfaktor für die Polizei.

Zudem berichtete Prof. Dr. Karoline Ellrich, dass die Täter in der Regel männliche, junge Einzeltäter seien und zu 75 Prozent zum Tatzeitpunkt unter Alkoholeinfluss oder anderen Drogen stünden sowie häufig eine grundsätzliche Gewaltaffinität aufweisen. Angesichts dieser Erkenntnisse sprach sich Karoline Ellrich gegen Strafverschärfungen aus. Damit erreiche man nicht rational handelnde Täter kaum. Auch den Einsatz von Body-Cams betrachte sie vor diesem Hintergrund kritisch, zumal es bislang an validen Nachweisen dafür fehle, dass allein durch die Aufzeichnung Gewalt seitens der Bürger verhindert wird.

Hermann Benker bemerkte, dass erst nach der Hinterlegung des Opferschlüssels „Polizei“ in der PKS vor ein paar Jahren die Gewaltdelikte erfasst werden. Darunter fallen nun neben Widerstand und

Körperverletzungsdelikten auch andere Straftaten. Größer sei das Dunkelfeld bei psychischer Gewalt und Beleidigungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Die bundesweiten Zahlen für 2016 würden bestätigen, dass die Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten (v.a. Beleidigung, Körperverletzung und Widerstandshandlungen) im Vergleich zum Vorjahr angestiegen seien. Nicht nur den Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörigen würde Leid zugefügt, sondern es entstehe ein Schaden für uns alle, weil die Bediensteten dienstunfähig seien und zum Schutz der Gesellschaft nicht zur Verfügung stünden.

Oliver von Dobrowolski plädierte dafür, die Zahlen zu den gestiegenen Angriffen auf die Polizei genau anzuschauen. Beispielsweise hätte sich nach dem Hamburger G20-Gipfel herausgestellt, dass bei vielen der anfänglich als verletzt gemeldeten Polizeibeamtinnen und -beamten die Beeinträchtigungen nicht schwerwiegend waren, beziehungsweise nicht von Störern verursacht wurden. Oliver von Dobrowolskis Anliegen war es, einen alternativen Erklärungsansatz aus Sicht der Polizei aufzuzeigen, der auch die Ursachen der Gewaltentstehung mit einbezieht. Eine veränderte Streitkultur sei sicher ein Grund. Aber es gebe auch hausgemachte Probleme bei der Polizei, weshalb eben auch die Polizei sich ändern müsse. Nach Oliver von Dobrowolskis Ansicht müsse die Polizei professioneller werden: Es brauche mehr Diversität, eine bessere Ausbildung und vor allem bessere Einsatzkommunikation, die man trainieren müsse. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, die ihre Ursache im Polizeieinsatz selbst haben, ließen sich so minimieren.

Spricht man mit Feuerwehrleuten in Bayern, erläuterte Dr. Rüdiger Sobotta, so hört man oft, dass gefühlt die Gewalt gegen Feuerwehrleute zunimmt. Die Feuerwehr kenne verschiedene Szenarien: Beim klassischen Brandeinsatz gebe es kaum Probleme, da die Feuerwehrleute dann immer in der Gruppe auftreten würden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rettungsdienstes der Feuerwehr würden dagegen regelmäßig Übergriffe erleben, wobei hier bei den Täterinnen und Tätern oft Drogen und Alkohol im Spiel seien. Übernimmt die Feuerwehr die Absicherung des Straßenverkehrs, treten die erschreckendsten Übergriffe auf. Hier gebe es häufig Beleidigungen. Auch würde manchmal das Auto als Drohmittel gegenüber der Feuerwehr eingesetzt werden.

In der Diskussionsrunde setzte sich Hermann Benker dafür ein, dass die jährliche Erhebung des „Lagebilds Gewalt gegen Polizei“ nicht zum „Selbstzweck“ erfolgen darf. Er schlug deshalb vor, man solle sich mit besonders betroffenen Regionen und Städten zusammensetzen und Lösungsansätze finden. Die Politik müsse hierfür Geld in die Hand nehmen. Was die Organisation und Fortbildung der Polizei in Bayern anbelange, wies er darauf hin, dass hierzulande schon sehr viel unternommen wurde. Auffällig gewordene Beamtinnen und Beamte würden auf Seminare geschickt. Die interkulturelle Kompetenz der Bayerischen Polizei sei hervorragend. Dagegen gebe es im Einsatz viele Bürgerinnen und Bürgern, die man nicht erreiche. Eine bessere Ausstattung, wie beispielsweise Anti-Spuckhauben, wären hilfreich, so Hermann Benker.

Prof. Dr. Karoline Ellrich wünschte sich dagegen mehr Differenziertheit in der Debatte. Es handele sich nicht nur um Einzelfälle. Insbesondere der Alkoholkonsum gehöre reduziert. Anstelle von härteren Strafen und mehr Body-Cams wünscht sie sich mehr Offenheit von der Polizei und, dass die Polizei mit der Wissenschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft in der Diskussion bleibt.

Den Trend hin zu einer Militarisierung der Polizei sieht Oliver von Dobrowolski kritisch. Auch dürfe die Kriminalitätsslage nicht überbewertet werden. Wir leben in einem sicheren Land. Das würden alle Statistiken sagen. Imagekampagnen der Gewerkschaften wie „Auch Mensch“ könnten sicher sensibilisieren. Dieser Ansatz dürfe aber nicht dazu führen, umgekehrt auch polizeiliches Fehlverhalten zu entschuldigen. Luft nach oben sieht Oliver von Dobrowolski im Bereich Kommunikation von Polizei und Rettungskräften. Dem stimmt Rüdiger Sobotta zu, das habe sich auch in der Praxis der Feuerwehr gezeigt. Gefahren könnten oftmals aus der Welt geschaffen werden, indem die Einsatzkräfte deutlich erklären würden, was gerade passierte, so Oliver von Dobrowolski.

ABSCHLUSSPODIUM

WIE SIEHT DIE POLIZEI DER ZUKUNFT AUS?

Auf dem Abschlusspodium diskutierten Katharina Schulze, Thomas Hampel, Inspekteur der Bayerischen Polizei, Irene Mihalic, MdB, Polizistin, innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion und Jennifer Oberhäuser, stellvertretende Landesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern darüber, wie unsere Polizei noch bürgernäher, digitaler und europäischer werden kann.

Katharina Schulze beleuchtete mit den Podiumsgästen zunächst, welche Rolle die europäische Zusammenarbeit bei der Bayerischen Polizei spielt und welchen Stellenwert ein beruflicher Aufenthalt der bayerischen Polizistinnen und Polizisten im europäischen Ausland für die Personalentwicklung einnimmt. Das Innenministerium, versicherte Thomas Hampel, sehe darin auf jeden Fall einen Karrierebaustein. Auch das Informationsangebot der bayerischen Polizeiführung zu Kooperationsmöglichkeiten und zum Datenaustausch in Europa, auf das die Dienststellen zurückgreifen können, sei gut. Ebenso würden bereits sehr viele Projekte zur Zusammenarbeit und zum Datenaustausch in der EU existieren, an denen die Bayerische Polizei beteiligt ist, auch wenn wir nicht überall dabei sein können, so Thomas Hampel. Jennifer Oberhäuser pflichtete dem bei. Die derzeit bestehenden Möglichkeiten sich europäisch zu vernetzen und Informationen auszutauschen seien aus ihrer Sicht für die tägliche Polizeiarbeit sehr förderlich. Dagegen sieht Irene Mihalic bei der europäischen Zusammenarbeit und beim Datenaustausch noch Entwicklungspotential. Bessere Rahmenbedingungen für die internationale polizeiliche Zusammenarbeit müssen von der Politik geschaffen werden. Sich europäisch auszutauschen müsse niedrigschwelliger möglich sein. Das müsse vom Projekt zum Prinzip werden, sagte Irene Mihalic.

Mit Blick auf die Digitalisierung waren sich alle Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sei und weitere Anstrengungen erforderlich wären, um der Computerkriminalität in Bayern Einhalt zu gebieten. Auch herrschte Einigkeit darüber, dass die Bayerische Polizei mehr IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten benötigt. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, darüber gingen die Meinungen auf dem Podium auseinander. Katharina Schulze plädierte für eine Änderung der Einstellungs Voraussetzungen in den Polizeidienst, insbesondere beim Seh- und beim Sporttest. IT-Spezialistin und IT-Spezialist und gleichzeitig Vollzugsbeamte oder -beamter beim Freistaat zu sein, darin sieht Thomas Hampel einen der wichtigsten Faktoren, der die Arbeit bei der Bayerischen Polizei attraktiv mache. Beim „Label“ Polizistin bzw. Polizist sollten aus seiner Sicht daher keine Abstriche gemacht werden, weshalb er Änderungen bei den Einstellungs Voraussetzungen der Vollzugsbeamtinnen und -beamten ablehnte. Eine Stellschraube, um IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten zu gewinnen, sieht

Thomas Hampel dagegen vor allem bei der Entlohnung. Irene Mihalic war dagegen der Ansicht, dass für die Bewerberinnen und Bewerber in erster Linie der Beamtenstatus reizvoll sei, weniger die Einstufung als Polizistin oder Polizist. Attraktive Möglichkeiten zur Tarifbeschäftigung von IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten zu schaffen bzw. auszubauen seien bei der Personalbeschaffung aus ihrer Sicht hilfreich. Jennifer Oberhäuser setzte einen anderen Schwerpunkt im Bereich Digitalisierung: Sie möchte, dass alle Polizistinnen und Polizisten im Freistaat auf der Wache Zugang zum Internet haben. Daran hapere es aber manchenorts noch in der Praxis. Digitale Fertigkeiten und ein gefestigtes Grundverständnis der digitalen Welt sollte auf allen Dienststellen selbstverständlich sein. Denn nur so könne man den Bürgerinnen und Bürgern – insbesondere bei der Aufnahme von Anzeigen – das Gefühl vermitteln, dass die Polizei hier auf Augenhöhe ist.

Katharina Schulze betonte den hohen Wert der Bürgernähe für die Polizei. Wir Grüne halten deshalb an der Einführung einer individuellen Nummernkennzeichnung für die Bayerischen Polizeikräfte fest. Auf ihre Frage hin, wie die Polizei dazu stehe, erwiderte Jennifer Oberhäuser, dass die bayerischen Polizistinnen und Polizisten schon heute ein sehr hohes Vertrauen seitens der Bevölkerung genießen würden. Eine individuelle Nummernkennzeichnung sei aus Sicht der GdP nicht nötig. Gegen Polizistinnen und Polizisten, die im Dienst Verfehlungen begehen, werde schon heute in jedem Fall ermittelt. Viele Kolleginnen und Kollegen würden den Vorschlag einer Kennzeichnung als Misstrauen gegenüber der Polizei empfinden. Mehr Vertrauen könne aus Sicht von Jennifer Oberhäuser vor allem durch genügend Personal geschaffen werden. Und dadurch, dass den Polizistinnen und Polizisten mehr Zeit für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bleibt. Daran fehle es aber heutzutage oft auf Grund der Arbeitsbelastung im Polizeidienst. Irene Mihalic stellte klar, dass es bei der individuellen Nummernkennzeichnung nicht um Vertrauen oder Misstrauen gehe. Das Vertrauen in die Polizei sei natürlich vorhanden, auch bei uns GRÜNEN. Es gehe vielmehr um die Rechenschaftspflicht der Polizei. Und genau dies könne man sehr gut über eine individuelle Nummernkennzeichnung erreichen. Diese Diskussion sei stark emotional aufgeladen. Wir sollten daher den Dialog versachlichen. In anderen europäischen Ländern funktioniere die individuelle Nummernkennzeichnung sehr gut und dort verstehe man die deutsche Debatte darüber nicht. Thomas Hampel sieht aus Sicht des Bayerischen Innenministeriums keinen Bedarf für eine Kennzeichnungspflicht. Diese Debatte hätte auch nichts mit Bürgernähe zu tun. Dennoch war es wichtig, dass wir das Thema erneut diskutiert haben, bei der sich GRÜNE und Polizeivertreterinnen und -vertreter oft uneins sind.

Abschließend fragte Katharina Schulze die Runde, welcher der drei hier diskutierten Bereiche oberste Priorität habe und welche Maßnahmen als erste umgesetzt werden sollten. Thomas Hampel sieht vor allem bei der Digitalisierung noch Handlungsbedarf. Dagegen erachtet er die Bayerische Polizei beim Thema Bürgernähe und Europäisierung als gut aufgestellt. Dem stimmte Jennifer Oberhäuser zu. Die Polizei müsse digitaler, besser erreichbar und reaktionsfähiger werden, auch außerhalb normaler Geschäftszeiten. Irene Mihalic plädierte dafür, die europäische Zusammenarbeit zu stärken. Wir sollten auch bei der Polizei mehr Europa wagen.

Katharina Schulze bedankte sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Podiums sowie bei den vielen Gästen im Publikum. Beim Hinausgehen gab es noch die versprochene „Verstärkung“ für alle zum Naschen oder zum Aufheben als Souvenir.



Thomas Hampel, Irene Mihalic, MdB, Katharina Schulze, MdL und Jennifer Oberhäuser.

RESÜMEE

Spaß hat er gemacht, unser 2. Grüner Polizeikongress! Es war ein großes Vergnügen mit den vielen hochkarätigen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern sowie Gästen zu diskutieren, sich auszutauschen und sich besser kennenzulernen. Danke für Ihre/Eure Teilnahme! Ein besonderer Dank geht an das grüne Team im Hintergrund, das den Polizeikongress so wunderbar vorbereitet und begleitet hat.

Unsere Bayerische Polizei soll noch bürgernäher, digitaler und europäischer werden. Für die parlamentarische Arbeit habe ich aus den zahlreichen Gesprächen, Reden und Workshops viele Impulse erhalten:

Im Bereich Computerkriminalität müssen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit weiter verbessert werden. Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität ist zu intensivieren. Wir setzen uns für einen Quantensprung in Sachen Ausbildung, Personal und Ausrüstung ein. Damit die besten Hacker bei der Bayerischen Polizei arbeiten, benötigen wir ein moderneres Personalkonzept. Für uns ist klar: unsere Polizei braucht genug Ressourcen, um die vielen Herausforderungen weiter so gut meistern zu können. Wir setzen uns für mehr Polizeibedienstete und Tarifbeschäftigte ein und werden auch weiterhin Vorschläge für eine Entlastung der Polizei von unwichtigen Aufgaben vorschlagen, damit der Überstundenberg endlich kleiner wird.

Wir wissen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Bayerische Polizei unverzichtbar für unseren funktionierenden Rechtsstaat ist. Wir werden im Landtag fordern, dass es auch in Bayern eine unabhängige Stelle (Polizeibeauftragte/n) gibt, die sich um Beschwerden sowohl aus der Bürgerschaft als auch aus der Polizei kümmert. Wir möchten auch eine individuelle Nummernkennzeichnung der bayerischen Polizistinnen und Polizisten erreichen, wie sie in vielen EU-Ländern selbstverständlich ist. Der Schutz der Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehrleute aber auch der Rettungsdienstlerinnen und -dienstler vor Gewalt ist für uns ebenso zentral. Die Helferinnen und Helfer sowie die Polizei müssen stärker geschützt werden. Zur Eindämmung eines übermäßigen Alkoholkonsums werden wir Präventions- und Anreizprogramme entwickeln und fördern.

Europäische Kooperation und europäischer Informationsaustausch haben schon viel zu einer effizienteren Polizeiarbeit in Bayern beigetragen. Die Zusammenarbeit ist jedoch noch ausbaufähig. Diese Ziele werden wir auf der Landesebene unterstützen.

Viele gute Ideen also, die ich auch mit in das nächste Jahr nehme. Der gute Austausch mit der Polizei, den Gewerkschaften und den vielen anderen Stakeholdern der Inneren Sicherheit wird natürlich ebenfalls weiter fortgesetzt. Und Sie bzw. Ihr könnt sicher sein, dass ich mich weiter für Grüne Innenpolitik stark machen werde: Wir Grüne stehen ein für unsere Polizei. Wir sind gegen hektische und daher oft wirkungslose Symbolpolitik, sondern für eine zielgerichtete Gefahrenabwehr. Und wir wollen eine freiheitsorientierte, zielgerichtete Innenpolitik, die die Bürgerrechte angesichts der aktuellen Herausforderungen in der realen und in der digitalen Welt verteidigt und stärkt.

Nicht zu vergessen: Ich freue mich schon auf den 3. Grünen Polizeikongress! Fortsetzung folgt also.

Ihre und Eure

Katharina Schulze
MdL, Fraktionsvorsitzende, innenpolitische Sprecherin

IMPRESSIONEN



IMPRESSIONEN



IMPRESSIONEN





KONTAKT:

Katharina Schulze, MdL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126 2773

Fax: 089 4126 1494

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de